



SÜDOSTEUROPA-  
GESELLSCHAFT

Internationales Symposium

## Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft: Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten

16./ 17. Dezember 2013

Carl Friedrich von Siemens Stiftung, München

Mathias Beer \*

### Die deutsche Südosteuropa-Forschung zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik Kontinuität – Bruch – Neubeginn

#### Eine Bestandsaufnahme

„Osteuropa-Forschung in der Bundesrepublik“ – ist der Titel eines Beitrags, den der Politikwissenschaftler Jens Hacker 1960 veröffentlichte.<sup>1</sup> Der Aufsatz erschien nicht zufällig in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, die von der 1952 gegründeten Bundeszentrale für Heimatdienst, der Vorgängerin der Bundeszentrale für politische Bildung, herausgegeben wurde.<sup>2</sup> Mit wissenschaftlich fundierten Beiträgen für ein breites Publikum war „Aus Politik und Zeitgeschichte“ eines der Instrumente, das die Bundeszentrale nutzte, um ihren Auftrag der Demokratie-Erziehung in der jungen Bundesrepublik zu erfüllen. Zudem hatte sich Hacker bereits mit der Thematik auseinandergesetzt. Der Aufsatz von 1960 stellt eine wesentlich erweiterte und überarbeitete Fassung eines früheren Beitrags von ihm dar. Dieser war zwei Jahre zuvor in der gleichen Reihe unter dem bezeichnenden Titel „Die Entwicklung der Ostforschung seit 1945“ erschienen.<sup>3</sup>

---

\* Dr. Mathias Beer, Jg. 1957, ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde sowie Lehrbeauftragter im Fachbereich Geschichtswissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Der vorliegende Beitrag ist die überarbeitete Fassung seines Vortrags beim internationalen Symposium der Südosteuropa-Gesellschaft zum Thema „Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft: Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten“. Er erschien unter dem gleichnamigen Schwerpunktthema in Heft 4/2014 der Südosteuropa Mitteilungen, S. 28-45.

<sup>1</sup> Jens Hacker: Osteuropa-Forschung in der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37 1960, S. 591-622. Vgl. auch ders.: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 14 1961, S. 181-192. Ders.: Die Osteuropaforschung in der Schweiz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 4 1962, S. 21-27.

<sup>2</sup> Gudrun Hentges: Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“. Wiesbaden 2013.

<sup>3</sup> Jens Hacker: Die Entwicklung der Ostforschung seit 1945. Ein Blick auf die bestehenden Institute und ihre Arbeitsweise. In: Das Parlament 1958, Nr. 32, 13.08.1958, S. 5-7. Unter dem gleichen Titel als erg. und überarb. Nachdruck hrsg. vom Kuratorium Unteilbares Deutschland, Kiel 1958, erschienen.

Der 1960 veröffentlichte Aufsatz, dessen Begriffswechsel von Ostforschung zu Osteuropa-Forschung für mehr als einen terminologischen Wandel steht, ist die erste detaillierte Bestandsaufnahme zur Entwicklung der Osteuropa-Forschung in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese ist daher ein zuverlässiger Maßstab, wenn nach dem Stand der bundesdeutschen Osteuropa-Forschung einschließlich der Forschung zu Südosteuropa 15 Jahre nach Kriegsende sowie dem Verhältnis der beiden Fächer gefragt wird. Einleitend streift der Beitrag kurz die Geschichte der Osteuropa-Forschung insgesamt. Dabei wird zwischen vier Phasen unterschieden: Die „führende Stellung auf diesem Forschungsgebiet in der Welt“<sup>4</sup> bis Ende der 1920er Jahre; die Katastrophe der zwölf Jahre des Nationalsozialismus, in der Hitler versucht habe, „die Ostkunde seinen politischen Zielen dienstbar zu machen“; das Zeitfenster zwischen 1945 und 1948, in dem mit Ausnahme des „Göttinger Arbeitskreises“<sup>5</sup> die deutsche Osteuropa-Forschung zunächst „gänzlich brach“ gelegen und sich dann „aus den Trümmern“ erhoben habe; schließlich die 1950er Jahre.

Im Jahrzehnt der 1950er Jahre sei durch die Politisierung im Dritten Reich die „Problemstellung“ der Osteuropa-Forschung fragwürdig und eine neue Besinnung auf ihre wissenschaftlichen Methoden und Fragestellungen notwendig geworden. Die deutsche Osteuropa-Forschung, so das Fazit, habe 1960 noch nicht wieder ihre Position erreicht, die sie während der Blütezeit nach dem Ersten Weltkrieg inne gehabt habe, und werde in viel stärkerem Maß als zuvor von außeruniversitären Einrichtungen getragen. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in der ausführlichen Aufzählung der „Wissenschaftlichen Zusammenschlüsse und koordinierenden Organe“ wieder, der „Osteuropa-Forschung im Bereich der Hochschulen“, der „Osteuropa-Forschung außerhalb der Hochschulen“, der Einrichtungen, die unter „Heimatrecht und Vertriebenenproblem“ zusammengefasst werden, der „Einrichtungen der politischen Bildung außerhalb des Hochschulbereichs“ sowie der „Quellen zur Osteuropaforschung“, womit einschlägige Bibliotheken, Sammlungen und Publikationsorgane gemeint sind.

Der Beitrag von Hacker stellt aber nicht allein eine Bestandsaufnahme der Osteuropa-Forschung um 1960 in der Bundesrepublik im engeren Sinn dar, er ist auch bezogen auf die Südosteuropa-Forschung symptomatisch. Diese wird im Titel des Beitrags gar nicht erst erwähnt. Im Text erscheint sie lediglich als ein der Osteuropa-Forschung zu- und nachgeordnetes Anhängsel – eine Vorgehensweise, welche mit dem Hinweis auf die Ausrichtung der damals bestehenden einschlägigen Lehrstühle untermauert wird. 1960 gab es unter den zwölf Lehrstühlen für Geschichte Ost-, bzw. Ostmittel- und Südosteuropas keinen, der ausschließlich der Denomination Südosteuropa verpflichtet war. Allein in München bestand seit 1959 ein Seminar für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas, das sich aber „vor allem mit osteuropäischer Geschichte, weniger mit historischen Fragen Südosteuropas“ beschäftigte.<sup>6</sup> Das eigentliche und im Grunde genommen ausschließliche Standbein der Südosteuropa-Forschung in der Bundesrepublik bildete zu jener Zeit ein außeruniversitäres Institut, das, so Hacker, 1951 „wiedererstandene Südost-Institut in München“.<sup>7</sup> Es widme sich ausschließlich dem südosteuropäischen Raum und führe die Tradition des alten, 1930 gegründeten Südost-Instituts fort. Das Institut sei „bis heute das *einzig*e Spezialinstitut mit dieser Forschungsrichtung in Westeuropa“.

<sup>4</sup> Hacker: Osteuropa-Forschung, S. 591. Hier auch die folgenden Zitate.

<sup>5</sup> Kai Arne Linnemann: Das Erbe der Ostforschung. Zur Rolle Göttingens in der Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit. Marburg 2002.

<sup>6</sup> Hacker: Osteuropa-Forschung, S. 596.

<sup>7</sup> Ebd., S. 604. Hier auch das folgende Zitat.

Soweit der geraffte Überblick zur Osteuropa-Forschung in der Bundesrepublik um 1960. Es ist unübersehbar, dass erstens zu diesem Zeitpunkt eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Disziplin noch nicht einmal in Ansätzen erfolgt war. Dabei bildete die Osteuropa-Forschung keine Ausnahme. Im Gegenteil: Die Geschichte der jüngsten Vergangenheit war zu diesem Zeitpunkt noch kein Thema – weder in den Wissenschaften noch in der Gesellschaft insgesamt. Es sollte bezeichnenderweise gerade in den Geschichtswissenschaften noch bis Ende der 1990er Jahre so bleiben, wie der denkwürdige Frankfurter Historikertag zeigte.<sup>8</sup>

In der seither intensivierten Forschung zur jüngeren Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft im Allgemeinen und der deutschen Osteuropa-Forschung<sup>9</sup> im Besonderen ist zweitens die Geschichte der Südosteuropa-Forschung gerade bezogen auf die NS- und vor allem die Nachkriegszeit unterbelichtet geblieben.<sup>10</sup> Dabei bietet sich, wie auch der Überblick von Hacker zeigt, das Südost-Institut mit seiner über 1945 zurückreichenden Geschichte und mit seiner Ausnahmestellung als einziges Forschungsinstitut mit dieser Forschungsausrichtung geradezu als Sonde an, wenn nach Kontinuitäten und Brüchen der Forschung zu Südosteuropa gefragt wird. Das umso mehr, als der „Stammbaum“ der heute florierenden deutschen Südosteuropa-Forschung bis weit in die 1960er Jahre im Wesentlichen mit dem Südost-Institut identisch ist.

Nimmt man diese, vorwiegend über ihr regionales Forschungsfeld charakterisierte Forschung, die sich vor dem Hintergrund der tief greifenden politischen Zäsur von 1945 in der Nachkriegszeit zu einem anerkannten Fach entwickelte, in den Blick, so genügt es nicht, wie bisher vor allem geschehen, biographische Verstrickungen aufzudecken, Schreibtisch- oder tatsächliche Täter zu entlarven, so notwendig das auch ist. Produktiver – weil erkenntnisreicher, als einer Kultur der Denunziation zu folgen, um eine Formulierung von Bernhard Schlink aufzugreifen<sup>11</sup> – ist es, die Spannung zwischen Verurteilen und Verstehen auszuhalten und strukturellen sowie institutionellen Fragen nachzugehen. Dabei können biographische Forschungen nur einen, wenn auch wichtigen methodischen Zugang für Fragen grundsätzlicher Art liefern: Wie ist das nationalsozialistische Erbe der deutschen Südost-Forschung, das der Beitrag von Hacker zeit-spezifisch noch unbeholfen umschreibt, das aber bereits 1978 von Dorothea Willkomm<sup>12</sup> in ihrer erhellenden, aber wohl gerade deshalb unveröffentlicht gebliebenen Magisterarbeit klar umrissen wurde, in die Nachkriegszeit hinübergerettet, verändert und angepasst worden? In welchem Verhältnis standen Wissenschaft und Politik in diesem Prozess, der auch im Begriffswandel von Südost-Forschung zu Südosteuropa-Forschung seinen Niederschlag gefunden hat? Letztendlich: Welchen Anteil hatte das NS-Erbe an der Etablierung der Südosteuropa-Forschung in der Bundesrepublik und wie gelang die Transformation dieses Erbes?

<sup>8</sup> *Winfried Schulze / Otto Gerhard Oexle* (Hg.): *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Frankfurt am Main 1999. Vgl. dazu auch den Beitrag von *Wolfgang Höpken* in diesem Band.

<sup>9</sup> *Dittmar Dahlmann* (Hg.): *Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*. Stuttgart 2005. *Corinna R. Unger*: *Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945-1975*. Stuttgart 2007. *Thekla Kleindienst*: *Die Entwicklung der deutschen Osteuropaforschung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik*. Marburg 2009.

<sup>10</sup> *Mathias Beer*: *Wege zur Historisierung der Südostforschung. Voraussetzungen, Ansätze, Themenfelder*. In: *Ders. / Gerhard Seewann* (Hg.): *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen*. München 2004, S. 7-38. Der Band bildet im Wesentlichen auch heute noch den aktuellen Stand der Forschung ab.

<sup>11</sup> *Die Vergangenheit, die Schuld und das Recht*. Bernhard Schlink im Gespräch mit Horst Maier. Deutschlandfunk 08.12.2013, [www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de) (14.12.2013). Vgl. auch *Bernhard Schlink: Vergangenheitsschuld*. Beiträge zu einem deutschen Thema. Zürich 2007.

<sup>12</sup> *Dorothea Willkomm*: *Untersuchungen zur Anfangsphase der deutschen Südosteuropahistoriographie*. M.A., TH Hannover 1979. Zum Stellenwert der Arbeit vgl. *Beer*: *Wege zur Historisierung der Südostforschung*.

Auf der Suche nach Antworten auf solche Fragen ist es hilfreich, den Überlegungen von Mitchell Ash zu folgen. Danach ist es bezogen auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik „am produktivsten, wissenschaftliche Kontinuität und Wissenschaftswandel als Fortsetzung bzw. als Um- oder Neugestaltung von Ressourcenensembles zu begreifen.“<sup>13</sup> In einem Ressourcenensemble können sich Wissenschaftler als Ressourcen für politische Projekte anbieten bzw. verwenden lassen und gleichermaßen den Staat bzw. politische Ressourcen für ihre Zwecke zu mobilisieren versuchen sowie umgekehrt. Diesem Theorieangebot verpflichtet, fragt der folgende Beitrag in drei Schritten, wie sich das Verhältnis von Südosteuropa-Forschung und Politik in der Zeit zwischen 1930 und 1960 gewandelt hat. Eine Analyse des Verhältnisses der beiden Handlungsfelder Politik und Wissenschaft sowie ihrer gegenseitigen Abhängigkeiten erlaubt es, die Entwicklung der bundesdeutschen Südosteuropa-Forschung nach 1945 als Ergebnis von spezifischen Kontinuitäten und Brüchen vor dem Hintergrund sich wandelnder politischer und gesellschaftlicher Kontexte zu deuten. Der Beitrag, der quellengestützt bewusst nur die großen Entwicklungslinien im Blick hat, bietet damit die Grundzüge eines Modells an, das verspricht, der Erforschung der jüngeren Geschichte der Südosteuropa-Forschung notwendige neue Impulse zu geben.

### Kämpfende Wissenschaft

Am 21. März 1945, sechs Wochen vor Kriegsende, fand eine Sitzung des Stiftungsrats des „Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten“ statt. Es war 1930 in München aus Mitteln des vom Innenministerium verwalteten Grenzfonds des Reiches als Stiftung des öffentlichen Rechts gegründet worden. Für das Institut unter Leitung des Geographen Friedrich Machatschek und seines Geschäftsführers, des Historikers Fritz Valjavec (1909-1960), wurde seit 1932 die Kurzbezeichnung „Südost-Institut“ (SOI) verwendet.<sup>14</sup> Dem Stiftungsbeirat stand seit 1933 als Vertreter des bayerischen Kultusministeriums Ministerialdirektor Karl August Fischer vor. Im kurzen Protokoll der letzten, vor Ende des Zweiten Weltkriegs abgehaltenen Sitzung des Stiftungsrats heißt es:

„Das Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten hat es im Verlauf der letzten 12 Jahre stets vermieden, in den Dienst politischer Bestrebungen gleich welcher Richtung zu treten. Versuche dieser Art sind von der Institutsleitung und den Mitgliedern des Stiftungsrates stets abgelehnt worden. Das Institut ist durch die politische

<sup>13</sup> Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: *Rüdiger vom Bruch / Brigitte Kanderas* (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 2002, S. 32-51, Zitat S. 32. Vgl. auch *Ders.*: *Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchszeiten – 1933, 1945 und 1990 im Vergleich*. In: *Acta Historica Leopoldina* 39 (2004), S. 75-95. *Ders.*: *Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert – was hatten sie miteinander zu tun?* In: *Rüdiger vom Bruch / Aleksandra Pawliczek* (Hg.): *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 2006, S. 19-37.

<sup>14</sup> Eine monographische Untersuchung der Geschichte des Südost-Instituts ist nach wie vor ein Desiderat und damit zugleich ein Gradmesser für den Stand der Forschung. Vgl. dazu *Willkomm*: *Untersuchungen zur Anfangsphase der deutschen Südosteuropahistoriographie. Karl Nehring: Zu den Anfängen der Südostforschungen. Der Briefwechsel von Fritz Valjavec mit Gyula Szekfü 1934-1936*. In: *Südostforschungen* 50 (1991), S. 1-30. *Ders.*: *Geschichte des Südost-Instituts*. In: *Erwin Oberländer* (Hg.): *Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945-1990*. Stuttgart 1992, S. 295-303. *Gerhard Seewann*: *Das Südost-Institut 1930-1960*. In: *Beer / Seewann* (Hg.), *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches*, S. 49-92. *Kleindienst*: *Die Entwicklung der deutschen Osteuropaforschung*, S. 74-81. Vgl. auch den Beitrag von *Norbert Spannenberger* zu Fritz Valjavec in diesem Band.

Entwicklung nicht mehr in der Lage, seine Forschungstätigkeit in dem zuletzt geübten Umfang aufrecht zu erhalten. Der Stiftungsrat sieht sich dazu veranlasst, die Tätigkeit des Instituts in ihren ursprünglichen Rahmen zurück zu führen und im Sinne der Stiftungsurkunde auf kulturkundliche Forschungsaufgaben im süddeutschen unter besonderer Berücksichtigung des bairischen Stammesgebietes zu beschränken. Infolgedessen führt das Institut fortan die Bezeichnung Münchner Institut für Kulturforschung.“<sup>15</sup>

Das Dokument ist ein Meisterstück für eine Umdeutung der Geschichte des Südost-Instituts. Deren eigentlicher, *wahrer* Kern kann aber nicht zuletzt auch aufgrund der inhaltlichen Widersprüche des Protokolls rekonstruiert werden. Weshalb, so die naheliegende Frage, hielten es die Mitglieder des Stiftungsrats überhaupt für erforderlich, jedwede politische Indienstnahme oder Indienstsetzung des Südost-Instituts während des Zweiten Weltkriegs abzustreiten? Dieser auffälligen Abgrenzung von einer Instrumentalisierung „gleich welcher Richtung“ entspricht die für notwendig erachtete, neue, unauffällige Namensgebung des Instituts, die damit umso schwerer ins Gewicht fällt. Hinzu kommt: Wenn die Forschungstätigkeit in den ursprünglichen Rahmen zurückgeführt werden musste, dann liegt der Umkehrschluss nahe, dass das Institut darüber hinausgehende Aufgaben wahrgenommen haben muss.

Die Akten in Archiven des In- und Auslands sowie die Forschungsliteratur lassen keinen Zweifel daran, dass das Südost-Institut nach 1933 nicht nur in hohem Maß neue Aufgaben wahrgenommen hat, sondern auch in den Dienst politischer Bestrebungen getreten ist. Stichworte müssen genügen.<sup>16</sup> Bildeten zunächst österreichische Grenzgebiete den Arbeitsschwerpunkt des Instituts, so verlagerte sich dieser auch durch die Kooperation mit der „Leipziger Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung“ auf den „Abwehrkampf“ gegen „Fremdvölkische“: „Das erhöhte Interesse, das der neue Staat der Frage der Ostgrenzen zuwendet, ließ eine möglichst rasche Auswertung der wirtschaftlichen und volkspolitischen Ergebnisse der Umfragen geboten erscheinen. Die bayerische Staatskanzlei und der Bund Deutscher Osten hat wiederholt um Unterlagen für volkspolitische Aufklärungsarbeit gebeten“,<sup>17</sup> heißt es im Stiftungsratsprotokoll von 1934.

Die nationalsozialistische Politik war auf Ressourcen des Instituts angewiesen, die dieses im Gegenzug für eine bessere Ausstattung und Finanzierung sowie eines dadurch gestiegenen Ansehens und einer damit verbundenen größeren Durchsetzungskraft gegenüber anderen wissenschaftlichen Einrichtungen auf dem Gebiet auch zur Verfügung stellte. Bald kamen Informations- und Schulungsschriften des Instituts für den NS-Studentenbund, die Reichswehr, den „Bund Deutscher Osten“ und den „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), seit 1938 „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“, hinzu. Nach Angaben des Stiftungsrats von 1935 waren die Arbeiten des Instituts „immer mehr ins Aktuelle hinübergegangen und werden heute

<sup>15</sup> Bayrisches Hauptstaatsarchiv München (BHSTA), Bestand Südost-Institut, Fasz. 11, Stiftungsratsprotokoll 01.03.1945.

<sup>16</sup> Vgl. dazu u.a. die Beiträge in *Beer / Seewann* (Hg.): *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches*, denen ich hier folge, insbesondere die Beiträge von *Beer*: *Wege zur Historisierung der Südostforschung*; *Seewann*: *Das Südost-Institut*; *Michael Fahlbusch*: *Im Dienste des Deutschtums in Südosteuropa. Ethnopolitische Berater als Tathelfer für Verbrechen gegen die Menschlichkeit*, S. 175-214; *Norbert Spannenberger*: *Vom volksdeutschen Nachwuchswissenschaftler zum Protagonisten nationalsozialistischer Südosteuropapolitik. Fritz Valjavec im Spiegel seiner Korrespondenz 1934-1939*, S. 215-235.

<sup>17</sup> Zitiert nach *Willkomm*: *Untersuchungen zur Anfangsphase der deutschen Südosteuropahistoriographie*, S. 132.

doch im Wesentlichen von Regierung und Gauleitung getragen“.<sup>18</sup> Diese Richtung sollte mit dem Eintritt von Fritz Valjavec ins Institut, der die inhaltliche Arbeit des Instituts und auch die seit 1936 erscheinende Zeitschrift *Südostforschungen* weitgehend bestimmte, noch verstärkt werden. Der Kulturraum Südosteuropa wurde zum wirtschaftlichen „Ergänzungsraum“ des Deutschen Reiches degradiert,<sup>19</sup> die Staaten der Region zum Spielball deutscher Politik sowie zum Objekt der Gegnerforschung<sup>20</sup> und die ethnische Vielfalt Südosteuropas zum Experimentierfeld der NS-Rassenpolitik. Ein spezifischer Denkstil zu Südosteuropa wurde weiterentwickelt und erfuhr seine nationalsozialistische Ausprägung. Mit Kriegsbeginn konzentrierte sich das Institut auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Kriegsführung und der Bevölkerungspolitik, indem Fachkräfte und Informationen bereitgestellt wurden. Die enge Zusammenarbeit mit dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut<sup>21</sup> in Berlin und der SS führte das Institut 1943 in die Abteilung VI G des Reichssicherheitshauptamtes. Zugleich wurde das „Leipziger Südosteuropa-Institut“ als Konkurrent ausgeschaltet. Die Institutsmitarbeiter, allen voran Fritz Valjavec, waren jetzt geschätzte Instrumente des Auslandsinformationsdienstes und sollten es bis Kriegsende bleiben.

Diese hier lediglich punktuell berührten neuen Tätigkeitsfelder des Instituts sowie die angerissenen Allianzen und Vernetzungen von Politik und Wissenschaft sind im Protokoll des Stiftungsrats vom 21. März 1945 gemeint, wenn von Aufgaben die Rede ist, die über den ursprünglichen Auftrag des Instituts hinausgegangen seien. Sollte es möglich sein, mit einer ebenso schlichten wie unverfänglichen Namensänderung die mit einem hohen Maß an NS-Instrumentalisierung und Selbstinstrumentalisierung verbundene Institutsgeschichte einfach zu tilgen? Dass die Umbenennung erfolgte, lässt nur einen Schluss zu: Die im Stiftungsrat vereinten Professoren und Ministerialbeamten – Prof. Fritz Machatschek, Prof. Erich Drygalski, Prof. Rudolf von Heckel, Dr. Fritz Valjavec, Ministerialdirektor Dr. Karl August Fischer – glaubten offensichtlich tatsächlich daran, einen Schlusstrich ziehen und damit das NS-Erbe ausschlagen zu können.

### **Kulturwissenschaft als Deckmantel**

Die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands führte zu einer völligen Umgestaltung des bestehenden Ressourcenensembles. Die bis Kriegsende sprudelnden Mittel der Politik waren jetzt nicht nur zutiefst kompromittiert, sie waren auch nicht mehr vorhanden. Umgekehrt waren die bis dahin politisch umworbenen wissenschaftlichen Ressourcen des Südost-Instituts nicht mehr gefragt – auch nicht von den Besatzungsmächten. Anders als Wissenschaftler der „Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ wurden die Historiker des Südost-Instituts offenbar nicht Teil der „intellektuellen Reparationen“ der Alliierten und auch nicht von deren Geheimdiensten angezapft. Selbst im Institut scheint sich als Ergebnis des bevorstehenden Kriegsendes und damit eines grundsätzlich neuen Kontextes – wie das Ergebnis der letzten Stiftungsratssitzung vom März 1945 erkennen lässt – die Einsicht durchgesetzt zu haben, dass die bis dahin in den Dienst der nationalsozialistischen Volkstums- und Eroberungspolitik gestellten Ressourcen eine Fehlallokation waren. Die gewählte Tarnbezeichnung „Institut für

<sup>18</sup> Ebd., S. 149.

<sup>19</sup> *Carl Freytag*: Der mitteleuropäische Wirtschaftstag und der „Ergänzungsraum Südosteuropa“; 1931-1945. Göttingen, Wien 2012.

<sup>20</sup> *Lutz Hachmeister*: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six. München 1998.

<sup>21</sup> *Gideon Botsch*: „Politische Wissenschaft“ im 2. Weltkrieg. Die „deutschen Auslandswissenschaften“ im Einsatz 1940-1945. Paderborn 2006.

Kulturforschung“ lässt auch diese Deutung zu. Sie war das Ergebnis der Umdeutung der Geschichte des Instituts und zugleich der Versuch, ihm zumindest formal eine Zukunft zu sichern. Doch auch dieses sehr spät und eilig gezimmerte neue Dach, das vom zuständigen Bayerischen Staatsministerium am 21. September 1945 bestätigt wurde und damit das Institut juristisch in die neue Zeit hinüberrettete,<sup>22</sup> bot nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches keinen Arbeitsrahmen mehr. Das Institut, das als Folge schwerwiegender Schäden durch alliierte Luftangriffe auf München noch während des Krieges ausgelagert worden war, bestand bei Kriegsende zwar noch de jure, de facto aber nicht mehr.

Vor diesem Hintergrund sind die von unterschiedlicher Seite an das zuständige Ministerium herangetragenen Vorschläge zu sehen, dem Institut neue Aufgaben zuzuweisen, es anderen Einrichtungen einzuverleiben oder aufzulösen. Die Universität München schlug Mitte 1946 dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus vor, das „Institut für Kulturforschung“ wenn nicht ganz aufzulösen, dann in eine „Forschungsstelle für innerbayerische Volkstumsfragen“ umzuwidmen. Es sollte sich insbesondere eines ebenso aktuellen wie drängenden Themas annehmen – des „Zufluss[es] sudetendeutscher Flüchtlinge“. <sup>23</sup> Gemeint war die Aufnahme und Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen, die nicht nur den Freistaat in der Nachkriegszeit vor erhebliche Herausforderungen stellten. <sup>24</sup> Es wurden darüber hinaus Überlegungen angestellt, das Institut in die „Kommission für bayerische Landesgeschichte“ einzugliedern. <sup>25</sup> Der Rechnungshof des Freistaates bat das für das Institut zuständige Staatsministerium um eine Stellungnahme, weil seiner Meinung nach das Institut unter den gegebenen Umständen seinen Stiftungszweck nicht mehr erfüllen könne. <sup>26</sup> Das Bischöfliche Ordinariat Passau seinerseits meldete Bedarf an den Räumen im Priesterseminar in Arbing an, in die das Südost-Institut während des Krieges ausgelagert worden war. <sup>27</sup>

Gegen das drohende institutionelle Aus stemmte sich das Personal des Instituts, insbesondere Fritz Valjavec, indem es die nationalsozialistische Tradition des Instituts und auch den zutiefst braun gefärbten Lebensabschnitt der eigenen Biographien unkenntlich zu machen oder zumindest zeitgemäß umzudeuten versuchte. Fritz Valjavec sprach, gestärkt lediglich durch eine Weihnachtsamnestie, aufgrund derer ihn die Spruchkammer Vilshofen als „nicht betroffen“ eingestuft hatte, <sup>28</sup> nicht nur von einer geringen eigenen formalen NS-Belastung, sondern er bestand vielmehr auch auf einer erwiesenen „Widerstandsarbeit bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit während des Dritten Reiches“ und befürchtete „einem planmäßigen Rufmord zum Opfer zu fallen“. <sup>29</sup>

Dass das Institut nicht ins Visier der amerikanischen Militärregierung geraten war sowie die erfolgreiche, wenn auch nicht erstklassige Entnazifizierung wurden nun als Bescheinigung für die rein wissenschaftliche Tätigkeit, die „Unschuld“ des Instituts und seines Geschäftsführers angeführt. Sie bildeten die Grundlage für Überlegungen, die im Herbst 1947 noch als pessimistisch eingeschätzte Zukunft des Südost-Instituts zu sichern. Die Pläne zielten darauf, Umwege

<sup>22</sup> BHSTA Bestand MK, Fasz. 71456.

<sup>23</sup> Ebd., 11.06.1946.

<sup>24</sup> Vgl. dazu *Mathias Beer*: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. München 2011.

<sup>25</sup> BHSTA Bestand MK, Fasz. 71456, 11.07.1949.

<sup>26</sup> Ebd., 27.07.1947.

<sup>27</sup> Ebd., 11.03.1948.

<sup>28</sup> Ebd., Bestand MK 44452, Personalakte Fritz Valjavec.

<sup>29</sup> Ebd., Bestand Südost-Institut, Fasz. 17, 18.04.1949.

zu gehen, die aber in einem lediglich anderen Rahmen nach wie vor das Institut als Endpunkt im Blick hatten. Diese Pläne stützten sich auf die in der Zwischen- und Kriegszeit aufgebauten Netzwerke in Wissenschaft (Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft)<sup>30</sup> und Politik (Ministerialbürokratie), die sich jetzt als äußerst hilfreich erwiesen: „Wir haben manches vor, was auch Dich berührt. Solidarität und unbedingte Kollegialität ist daher eines der wichtigsten Gebote der Stunde.“<sup>31</sup> Um naheliegenden unangenehmen Vergangenheitsfragen der Militärregierung aus dem Weg zu gehen, wurde erwogen, einen eingetragenen Verein zu gründen. Bei dieser Rechtsform war es, wie man sich ausdrücklich versichert hatte, nicht erforderlich, einen „Fragebogen“ einzureichen oder eine entsprechende Mitteilung an die Militärregierung zu machen.<sup>32</sup> Parallel dazu gründete Fritz Valjavec mit dem „Verband der Donauschwaben und Karpatendeutschen“ eine „Südostdeutsche Forschungsstelle“ – „vielleicht ein erster fester Punkt“, wie er sich Ende 1949 gegenüber Karl August Fischer äußerte:

„Sollte in irgendeiner Form das Südost-Institut wieder in Gang gesetzt werden können, so wird sich die Realunion mit dieser Forschungsstelle schon mit Rücksicht auf die Zusammenfassung der Mittel als nützlich erweisen. [...] Wie gesagt: Wenn das Institut in Gang gesetzt werden kann, so wird die Forschungsstelle nützlich sein, läßt sich der Instituts-Plan nicht verwirklichen, wird auch das nicht viel zuwege bringen.“<sup>33</sup>

Das Südost-Institut wieder in Gang zu setzen, sollte vorerst ein Wunsch bleiben, der bis zur Gründung der Bundesrepublik nicht in Erfüllung ging. Das Ressourcenensemble von Politik und Wissenschaft, wie es sich vor 1945 herausgebildet hatte, konnte angesichts der fundamental veränderten Rahmenbedingungen zunächst nicht an die neue Situation angepasst werden. Diskontinuität bestimmte diese Phase, die aber zwei Bereiche nicht grundsätzlich tangierte: Das Bestreben der Mitarbeiter des Instituts, allen voran Fritz Valjavec, gestützt auf ein in seiner Grundkonstellation weiterhin bestehendes Netzwerk, die Tätigkeit des Instituts in irgendeiner Form wieder aufleben zu lassen, sowie das – wenn nicht praktisch, so doch als Rechtssubjekt in Form des „Münchner Instituts für Kulturforschung“ weiter bestehende – Institut.

### **Neuanfang auf alter Grundlage: Absichern durch Diversifizieren**

Im Kontext des Kalten Krieges und der Gründung der Bundesrepublik zeichnete sich eine neue Ressourcenkonstellation zwischen Politik und Wissenschaft ab: Die neu entstandenen Ministerien waren auf den Sachverstand zu Ost- und Südosteuropa angewiesen, der in der Wissenschaft vorhanden war.<sup>34</sup> Diese wiederum bedurfte der Ressourcen der Politik, um deren Erwartungen und dem eigenen Wunsch nach Fortsetzung der Arbeit der bestehenden Wissenschaftseinrichtungen entsprechen zu können. Das gegenseitige Angewiesensein vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden neuen bipolaren weltpolitischen Lage schuf günstige Voraussetzungen, die Arbeit des Südost-Instituts wieder in Gang zu setzen. Hatte Valjavec noch 1949 befürchtet, dass sich München für ihn zu einer Sackgasse entwickelt,<sup>35</sup> er „geographisch am un-

<sup>30</sup> Michael Fahlbusch: Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“. Politische Beratung und NS-Volkstumspolitik. In: Schulze / Oexle (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, S. 241-264.

<sup>31</sup> BHSTA Bestand Südost-Institut, Fasz. 70, Fritz Valjavec an Karl Alexander von Müller, 11.02.1947.

<sup>32</sup> Ebd., Fasz. 72, 18.07.1949.

<sup>33</sup> Ebd., 01.12.1949.

<sup>34</sup> Vgl. dazu Kleindienst: Die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung, S. 34-146.

<sup>35</sup> BHSTA, Bestand Südost-Institut, Fasz. 72, 19.08.1949



richtigen Platz gearbeitet“ habe und in München vor einer Mauer stehe,<sup>36</sup> so vermeldete er ein Jahr später Harold Steinacker nach Innsbruck zwar, wie es seiner Person entsprach, vorsichtig, aber dennoch elektrisiert: „Nachdem es so aussah, dass das Münchner Kultusministerium das Institut auflösen werde, ergibt sich jetzt die Möglichkeit, unsere alte Südost-Arbeit unter Umständen in München fortsetzen zu können, möglicherweise sogar im Rahmen des alten Instituts.“<sup>37</sup>

Was war geschehen? Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hatte sich 1949 in seiner Funktion als übergeordnete Behörde nach dem Stand der Dinge beim „Institut für Kulturforschung“ erkundigt. Fritz Machatschek, der Institutsleiter, meldete, seit 1945 sei zwar keine geregelte Weiterführung des Instituts möglich gewesen, doch hätten Arbeiten von vor Kriegsende zum Abschluss gebracht und Vorarbeiten durchgeführt werden können, „die eine Wiederaufnahme einer planmäßigen Tätigkeit ermöglichen“ würden.<sup>38</sup> Dass es nicht dazu kam, scheiterte zunächst am Einspruch des zuständigen Ministers. Er wollte die Entscheidung über die Einrichtung des Collegium Carolinum und des Osteuropa-Instituts in München abwarten.<sup>39</sup>

Dieses nicht kleine Hindernis wurde recht bald auch mit Unterstützung des Valjavec'schen Netzwerks überwunden, das bis Bonn und auch ins Kanzleramt reichte. Im Bundesinnenministerium überlegte man offenbar ernsthaft, das Südost-Institut „als Bundesinstitut nach dem Muster des Instituts für die Geschichte der nationalsozialistischen Zeit wieder entstehen zu lassen“.<sup>40</sup> Aus dem Bundeskanzleramt meldete sich der dort für Sicherheitsfragen zuständige Achim Oster in München.<sup>41</sup> Der Sohn des im Zuge des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 hingerichteten Generals Hans Paul Oster hatte schon 1949 Gespräche mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus „über das Valjavec'sche Institut geführt“. Es sei wichtig, so sein jetziger, ebenso höflicher wie entschiedener Brief vom 30. November 1950, dass das 1930 als „wissenschaftliches Abwehrinstitut für den Südosten [sic!]“ gegründete Institut, das „sich aber seit 1935 mit großem Erfolg der Erforschung des Gesamttraumes zugewandt“ habe, seine Arbeit wieder aufnehme. Er habe, so Oster, in seinem Tätigkeitsbereich im Kanzleramt, über den er bei Gelegenheit mündlich berichten wollte, „ein sachliches Interesse am raschen Wiederaufbau des Instituts“. Dabei hob Oster vor dem Hintergrund der Blockbildung in Europa den Stellenwert sowohl der inhaltlichen als auch der personellen Kontinuität in der Arbeit des Instituts hervor und stellte nebenbei der zentralen Person im Institut ein untadeliges Zeugnis aus: „Ich könnte mir denken, dass die Arbeit unter wissenschaftlicher Leitung des unbelasteten Professors Valjavec schon in kurzer Zeit besonders gute Ergebnisse über einen Raum, der uns offiziell noch lange verschlossen sein wird, zeitigen könnte.“

Die entschiedenen Bonner Fürsprachen von Bundestagsabgeordneten wie z. B. Josef Trischler,<sup>42</sup> die über Ministerien bis ins Kanzleramt reichten, und die Pläne des Bundes, ein wieder als wissenschaftliches Abwehrinstitut wichtig eingestuftes Forschungsinstitut dem Freistaat möglich-

<sup>36</sup> Ebd., 17.08.1949.

<sup>37</sup> Ebd., Fasz. 73, 21.11.1950

<sup>38</sup> BHSTA, MK 71456, 10.01.1949.

<sup>39</sup> Ebd., 16.10.1950.

<sup>40</sup> Ebd., 17.01.1951. Gemeint ist das später in „Institut für Zeitgeschichte“ umbenannte führende zeitgeschichtliche Institut der Bundesrepublik.

<sup>41</sup> Ebd., 30.11.1950. Hier auch die folgenden Zitate.

<sup>42</sup> *Michael Schwartz*: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. München 2013, S. 190-196, 300-302, 447-473.

erweise zu entziehen, verfehlten ihre Wirkung nicht. Das Bayerische Staatsministerium informierte Valjavec, dass es gedenke, „das Südost-Institut (seit 1945 Münchner Institut für Kulturforschung) wieder zu beleben“, was bei ihm große Freude auslöste.<sup>43</sup> Nur drei Tage später skizzierte Valjavec dem Ministerium die weiteren Schritte, die dafür einzuleiten wären: Stiftungsratsvorsitzenden bestellen, Stiftungsrat einberufen, Arbeit aufnehmen. Die Abgrenzung zum geplanten Osteuropa-Institut, auf die Valjavec mit Blick auf die ihm wichtige Eigenständigkeit der Südost-Forschung größten Wert legte, sowie die Kooperation mit ihm sei, so die zu diesem Zeitpunkt überaus optimistische Einschätzung von Valjavec, im Prinzip geklärt. Auch Mittel ständen in bescheidenem Umfang zur Verfügung. Mit weiteren Zuwendungen sei zu rechnen.

Auf dieser Grundlage lud das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus am 26. Januar 1951 zu einer Besprechung ein. Daran nahmen Prof. Karl Alexander von Müller, Prof. Franz Schnabel, Ministerialdirektor a. D. Karl August Fischer, Prof. Harold Steinacker und Prof. Fritz Valjavec sowie mit Staatsrat Dr. Hans Meinzolt und Ministerialrat Johannes von Elmenau zwei hochrangige Münchner Ministerialbeamte teil. Im Mittelpunkt stand nicht weniger als die Zukunft des Instituts, das, wie vom Staatsministerium dem Bundesinnenministerium gemeldet wurde, „weil es sich niemals in nationalsozialistischem Geiste betätigt hatte“, 1945 nicht aufgelöst worden sei, aber angesichts der Nachkriegsverhältnisse nur eingeschränkt habe tätig sein können.<sup>44</sup> Bei der Besprechung wurde die Frage, ob das Südost-Institut seine Arbeit wieder aufnehmen solle, „uneingeschränkt bejaht.“ Mit Blick auf die Satzung von 1930 war man sich darüber einig, „dass Volkstums- und Kulturfragen des europäischen Südostens Gegenstand der Arbeiten des Instituts sein sollten“. Dabei sollten, ähnlich wie es das Protokoll der letzten Stiftungsratsitzung vor Kriegsende vermerkt, insbesondere „Geschichte und Ergebnisse der bawarischen Kolonisierung im Südostraum die Blickrichtung der aufzunehmenden Forschung mitbestimmen“.

Als Name des Instituts wurde die bemerkenswerte Bezeichnung „Forschungsinstitut Südosteuropa“ als zweckmäßig erachtet. Eine Kooperation mit dem Bund sollte das Institut anstreben. Für die Anlaufstätigkeit schlug man vor, die verbliebenen Mittel des alten Instituts heranzuziehen, die sich nach der Währungsreform auf 4000 bis 5000 DM beliefen. Valjavec sagte zu, dass er, sollte er mit der Geschäftsführung beauftragt werden, vorerst auf eine Honorierung verzichten wolle. Seine laufenden und finanzierten Forschungsaufträge zweier Bundesministerien<sup>45</sup> und ein Editionsprojekt der Universität Mainz wollte er „kostenlos“ in die Arbeit des Instituts einbringen. Eine Bezuschussung durch den Bund wurde für erstrebenswert erachtet. Als Stiftungsratsvorsitzenden einigte man sich auf Staatsrat Dr. Meinzolt, als Leiter des Instituts auf Ministerialdirektor a. D. Dr. Fischer, und Valjavec sollte „seine frühere Tätigkeit als Geschäftsführer fortsetzen“. In Kürze sollte der Stiftungsrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten, womit die formale Voraussetzung für die „Wiederbelebung“ des Instituts gegeben war.

<sup>43</sup> BHSTA, Bestand Südost-Institut, Fasz. 16, 19.12.1950.

<sup>44</sup> BHSTA, MK 71456, 26.01.1951.

<sup>45</sup> Zu den zahlreichen Projekten, an denen Valjavec beteiligt war, zählt auch die zwischen 1953 und 1962 unter der Leitung von Theodor Schieder erarbeitete, acht Bände umfassende „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“. Vgl. dazu *Mathias Beer*: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345-389.

Gestützt auf dieses einhellige Votum und die Bonner Erwartungen an München gab der zuständige bayerische Minister im März 1951 sein Einverständnis, „dass das Südost-Institut nunmehr seine Tätigkeit wieder aufnimmt, unter dem Vorbehalt, dass es möglicherweise in das neu zu gründende Osteuropa-Institut einverleibt wird“. <sup>46</sup> Damit war der Weg frei für die erste Nachkriegssitzung des Stiftungsbeirats am 26. Juli 1951. Dieser entsprach im Kern der Zusammensetzung, wie sie bei der letzten Sitzung vor Kriegsende am 21. März 1945 bestanden hatte. Zum neuen Leiter wurde Ministerialdirektor a. D. August Fischer gewählt. Fritz Valjavec wurde als stellvertretender Leiter und Geschäftsführer des Instituts bestätigt. Das Institut führte weiter den Namen „Münchener Institut für Kulturforschung“, setzte allerdings dort nahtlos an, wo es bei Kriegsende aufgehört hatte. Dem entsprach die „lückenlose“ Fortsetzung der *Südostforschungen* mit dem elften Band, der die Jahreszählung 1946-1952 trägt, für den die Druckfahnen schon 1945 erstellt worden waren. Im Vorwort dieses ersten Nachkriegsbandes heißt es – so als ob nichts geschehen wäre – lapidar: „Nach einer Unterbrechung von mehreren Jahren nimmt unsere Zeitschrift ihr Erscheinen wieder auf.“ <sup>47</sup> Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen überrascht es nicht, dass Valjavec nicht nur einmal stolz und mit einem Akzent, der sich in der Kursivsetzung bestimmter Begriffe zeigt, verkündete: Die „Wiedereinsetzung unseres **alten** Südost-Instituts [ist] nunmehr erfolgt“. <sup>48</sup>

Wurde nach Kriegsende und während des Interregnums die NS-Tradition des Instituts gelehnet, so wurde sie in der neuen Ressourcenkonstellation herausgestellt. Sechs Jahre zuvor noch ein Makel, war nach der Gründung der Bundesrepublik als Ergebnis des Kalten Krieges die Tradition des Instituts nun *das* Argument, mit dem man das Gewicht der eigenen wissenschaftlichen Ressourcen vergrößerte. Zugleich wurde die über 1945 zurückreichende konstruierte und geglättete Tradition ins Feld geführt, um die nach wie vor bedrohte Eigenständigkeit der Südosteuropa-Forschung zu sichern. Ost- und Südosteuropa seien schon geographisch betrachtet zwei unterschiedliche Bereiche, ließ der Institutsleiter das Bundesinnenministerium wissen. Das Südost-Institut habe als einzige Forschungseinrichtung dieser Art den Zusammenbruch überdauert, es habe die Mehrheit seiner wissenschaftlichen Unterlagen gerettet und verfüge über eine Überlieferung und Erfahrung, die nunmehr über ein Vierteljahrhundert zurückreiche. <sup>49</sup> In einer Denkschrift des Instituts, die nur ein Jahr später veröffentlicht wurde, heißt es sogar, dass das Institut das „einzige wissenschaftliche Spezialinstitut für Fragen der Südosteuropaforschung in der gesamten westlichen Welt“ sei, was der deutschen Südosteuropa-Forschung eine verhältnismäßig gute Ausgangslage sichere. <sup>50</sup>

Die einstige Hypothek wurde nun in ein Pfund verwandelt, mit dem das „Münchener Institut für Kulturforschung“, das erst 1955 seinen ursprünglichen Namen Südost-Institut wieder tragen sollte, erfolgreich wucherte. Hatte der Haushalt 1951 ein Volumen von rund 35.500 DM, so stieg er in den folgenden Jahren schnell an und betrug 1960 rund 266.000 DM. Fast die Hälfte steuerte das Bundesinnenministerium bei, weniger als ein Viertel der Freistaat Bayern. Der Rest entfiel auf sonstige Einnahmen. <sup>51</sup> Das Institut nahm jetzt nicht mehr 68 Prozent der Privatwohnung von Fritz Valjavec ein, sondern residierte in der Münchner Güllstraße. Der *Wissenschaftliche Dienst Südosteuropa* erschien ab 1958 als gedruckte Zeitschrift. Aus dem Ein-Mann-Institut

<sup>46</sup> BHSTA MK 71456, 09.03.1951.

<sup>47</sup> *Südostforschungen*, Bd. 1 (1946-1952), Vorwort.

<sup>48</sup> BHSTA, Bestand Südost-Institut, Fasz. 21, 08.08.1951.

<sup>49</sup> Ebd., Fasz. 19, 21.04.1952.

<sup>50</sup> Ebd., Denkschrift von 1953.

<sup>51</sup> Ebd., Fasz. 12, Haushaltspläne für die Jahre 1951-1960.

war innerhalb eines knappen Jahrzehnts eine Forschungseinrichtung mit vier wissenschaftlichen Mitarbeitern, einer Büroleitung, einer Sekretärin und einer Schreibkraft geworden, das darüber hinaus aus den ihm reichlich zufließenden Mitteln zahlreiche „Ehemalige“ als freie Mitarbeiter beschäftigte. „Das Südost-Institut ist im wesentlichen mit der deutschen Südost-Forschung gleichzusetzen“, wurde bereits 1952 stolz verkündet.<sup>52</sup>

Dahinter steckte viel Selbstbewusstsein, das sich auch aus der zutreffenden Einschätzung nährte, dass die Politik im Freistaat und insbesondere im Bund in der Lage eines Frontstaates im Kalten Krieg auf die Wissensressourcen des Instituts und mit ihm der alten Ost- und Südost-Forschung angewiesen war. Diese Nachfrage, die sich in den der Ost-Forschung mit Zustimmung des Bundestages reichlich zufließenden Mitteln materialisierte, bediente das Institut in doppelter Hinsicht: Erstens mit Grundlagenforschung. Sie fand ihren Niederschlag in der Fortführung der Zeitschrift *Südost-Forschungen*, dessen erstes Nachkriegsheft 1952 erschien, in der Fortsetzung der monographischen Reihe *Südosteuropäische Arbeiten*; und in der 1956 erstmals herausgegebenen *Südosteuropa-Bibliographie*, einem unentbehrlichen Arbeitsinstrument der Forschung. Das Institut erhöhte damit sein wissenschaftliches Ansehen.

Zweitens bediente das Institut in großem Umfang die Nachfrage der Politik nach „Zweckforschung“, wie der verwendete zeitgenössische Begriff lautete. Auch damit griff es eine erfolgreiche Tätigkeit während des Zweiten Weltkriegs auf. Die Zweckforschung umfasste eine öffentliche Seite – die seit 1952 monatlich erscheinende Zeitschrift *Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa*. Sie unterrichtete über die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung in Südosteuropa. Die verborgene Seite der Zweckforschung, ein Synonym für „wissenschaftliches Abwehrinstitut“, fand ihren Niederschlag in hunderten von Gutachten, die das Institut für eine Reihe von Behörden und Ministerien, darunter für das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das Bundesinnenministerium und das Bundesvertriebenenministerium erarbeitete. Die Einnahmen aus diesen Gutachten machten in der Anfangszeit mehr als die Hälfte der Einnahmen des Instituts aus. In beiden Fällen – veröffentlicht oder vertraulich – stützte sich das Institut in hohem Maß auf das während des Zweiten Weltkriegs aufgebaute Netzwerk, einschließlich ehemaliger Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes.<sup>53</sup> Dieses Netzwerk wurde durch die politischen Flüchtlinge und Dissidenten aus den südosteuropäischen Staaten ergänzt.

Aber allein bei der Wiederbelebung alter Muster beließ es Fritz Valjavec nicht. Er sicherte die als eigenständiges Fach noch keineswegs etablierte Südosteuropa-Forschung institutionell dadurch ab, dass er die Tätigkeit des alten Südost-Instituts in den 1950er Jahren bewusst auf vier Standbeine stellte, die – wenn auch unter anderen Namen – bis heute fortbestehen: Neben dem wiederbelebten Südost-Institut, dem wissenschaftlichen Flaggschiff für die gesamte Region Südosteuropa, gründete er 1952 das Südostdeutsche Kulturwerk, dessen Anfänge bis 1949 zurückreichen. Es sollte keine Forschung betreiben, sondern sich um die kulturelle Betreuung der Heimatvertriebenen und Landsmannschaften aus Südosteuropa kümmern.<sup>54</sup> Rechtsnachfolger

<sup>52</sup> Ebd., Fasz. 16, 20.02.1952.

<sup>53</sup> Genannt sei neben Winfried Krallert lediglich Hans-Joachim Beyer. Vgl. dazu *Karl Heinz Roth*: Heydrichs Professor. Historiographie des Volkstums und der Massenvernichtung. Der Fall Hans-Joachim Beyer. In: *Peter Schöttler* (Hg.): *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*. Frankfurt am Main 1997, S. 262-342.

<sup>54</sup> Zur Abgrenzung der Tätigkeit der beiden Einrichtungen, die das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen zu Recht moniert hatte, vgl. BHSTA, Bestand Südost-Institut, Fasz. 13, 21.10.1952.

des Südostdeutschen Kulturwerks ist das Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS).<sup>55</sup>

Im gleichen Jahr – am 27. Juni 1952 – konstituierte sich die Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) mit ihrem ersten Vorsitzenden Valjavec. Am 9. Juni 1953 ins Vereinsregister eingetragen, sollte sie als eine Vereinigung, die bewusst an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien angesiedelt war, wissenschaftliche Bestrebungen fördern, die die Kenntnis Südosteuropas und der wissenschaftlichen sowie kulturellen Beziehungen in die Region vertiefen. Zudem hatte man konkret die Ressourcen von Politik und Medien im Blick. Als Rudolf Vogel – MdB, stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses und Botschafter – zum stellvertretenden Präsidenten der SOG gewählt wurde, gab er seiner Hoffnung Ausdruck, „dass meine Mitarbeit auf Grund meiner langjährigen Verbundenheit mit Südosteuropa von Nutzen für die Gesellschaft“ sein würde.<sup>56</sup> Alle wussten, dass damit mehr als finanzielle Ressourcen gemeint waren. Fast zwangsläufig fiel Rudolf Vogel nach dem überraschenden Tod von Fritz Valjavec 1960 die Präsidentschaft der SOG zu:

„Ich übernehme sie [...] in dem Bestreben, die alten Freunde des Südostens an der Arbeit der Gesellschaft von neuem zu interessieren, an gute, alte Traditionen anzuknüpfen und die jahrhundertealte innere Verbundenheit Deutschlands mit Südosteuropa wach und lebendig zu erhalten.“<sup>57</sup>

Was genau mit dieser Verbundenheit gemeint war, was hinter ihr steckte, das fragte damals und bis weit in die jüngste Vergangenheit niemand.<sup>58</sup>

Schließlich gründete Valjavec 1957 die Südostdeutsche Historische Kommission, seit 2007 Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa (KGKDS), die sich der Erforschung deutscher Geschichte in Südosteuropa widmet.<sup>59</sup>

Diese Auffächerung der Südosteuropa-Aktivitäten in vier Segmente – SOI, „IKGS“, SOG, KGKDS – mit klar zugewiesenen Aufgaben erlaubte es dem Südost-Institut, sich einerseits auf die wissenschaftliche Forschung und die gerade in den Anfangsjahren wichtige „Zweckforschung“ zu konzentrieren, und ermöglichte ihm andererseits, weitere Tätigkeiten in andere Einrichtungen auszulagern und diese zugleich für seine Ziele einzuspannen. Darüber hinaus flossen so den Südosteuropa-Aktivitäten über vier Einrichtungen mehr Mittel zu, als einem einzigen Institut. Koordiniert wurde dieses Netz durch die zentrale Figur von Fritz Valjavec und einer vielfachen personellen Verflechtung der vier Institutionen. Es ist daher auch kein Zufall, dass sie alle über Jahre ihren Sitz im Südost-Institut hatten. Sie waren nicht das Ergebnis eines Wildwuchses, sondern einer planmäßigen Arbeit mit dem Ziel, die Südosteuropa-Forschung und ihr breit aufgestelltes Umfeld zu etablieren, ihr ihre wissenschaftliche Eigenständigkeit und die dafür erforderlichen Mittel zu sichern.

<sup>55</sup> Vgl. dazu *Krista Zach*: Von der Forschungsstelle zum Institut. Bilanz und Ausblick (1951-2001). In: *Südostdeutsche Vierteljahrsblätter* 50 (2001), S. 5-10.

<sup>56</sup> BHSTA, Bestand Südosteuropa-Gesellschaft, Fasz. vorläufige Nr. 3, 06.03.1956.

<sup>57</sup> *Rudolf Vogel*: Vorwort. In: *Südosteuropa-Jahrbuch* 4 (1960), S. VII f., Zitat S. VIII.

<sup>58</sup> Vgl. dazu *Walter Althammer*: Rudolf Vogel – ein Leben im Dienste der internationalen Verständigung. In: *Werner Gumpel / Roland Schönfeld* (Hg.): *Südosteuropa. Politik und Wirtschaft. Festschrift für Rudolf Vogel*. München 1986, S. 7-13; sowie den Beitrag von *Michael Martens* in diesem Band.

<sup>59</sup> Vgl. *Friedrich Gottas*: Vierzig Jahre Südostdeutsche Historische Kommission. Rückblick und Ausblick. In: *Südostdeutsches Archiv* 40/41 (1997/1998), S. 1-11.

## **Sicherung des Faches durch konstruierte Kontinuitäten und überholte wissenschaftliche Ansätze**

Am Anfang war Fritz Valjavec – so könnte man den berühmten Satz abwandeln, mit dem Thomas Nipperdey seine zum Standardwerk avancierte „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“ einleitete. Aber Valjavec war es nur, weil es das jeweilige politische Umfeld ermöglichte und weil wissenschaftliche Ressourcenensembles im Prinzip politisch multivalent sind.<sup>60</sup> Diese Multivalenz war einer der Faktoren, welcher die Kontinuität und den Wandel der Südost-Forschung zur Südosteuropa-Forschung begünstigte.

Die Entnazifizierung war, wie Eckard Conze es formuliert hat, die Drehtür, die auch den belasteten Südosteuropa-Historikern den Weg in die westdeutsche wissenschaftliche Landschaft ermöglichte. Die Achse dieser Drehtür war der Kalte Krieg. Er bot den Rahmen, der eine Konversion der tief braunen Südosteuropa-Forschung in die bundesdeutsche wissenschaftliche Landschaft ermöglichte – einer spezifischen wissenschaftlichen Landschaft der frühen Bundesrepublik, die auch beim Südost-Institut und seinem Umfeld in einer Gemengelage von schwer Belasteten, Mitläufern und Widerstandskämpfern entscheidend zum Überleben und schließlich zur Etablierung des Faches Südosteuropa beigetragen hat.

Die Geschichte der Südosteuropa-Forschung ist weder eine mühelose oder bruchlose Fortsetzung des Vergangenen, noch ein Neuanfang vom Nullpunkt 1945 aus. Vielmehr handelte es sich um „konstruierte Kontinuitäten“, um Umdeutungen der Vergangenheit im Licht der jeweiligen Gegenwart. Mittels institutioneller bzw. Karrierestrategien und des sich wandelnden Ressourcenensembles aus Politik und Wissenschaft gelang es, frühere Arbeitszusammenhänge wiederherzustellen. Die diskursiven bzw. rhetorischen Strategien standen in engem Zusammenhang mit den institutionellen und zielten darauf, die Vergangenheit, die eigene Verstrickung umzustellen bzw. neu darzustellen. Eine Wertneutralisierung der eigenen Arbeit wurde vorgenommen. So konnten die Entwicklungen in der NS-Zeit von früheren Verstrickungen rhetorisch gereinigt und für eine Wiederverwendung im neuen politischen Zusammenhang bereitgestellt werden. Altes wurde so der neuen Problemstellung angepasst und praktisch konserviert. Zudem gelang es, wie der Beitrag von Jens Hacker zeigt, diesem Selbstbild öffentlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Die, wie es Hacker in seinem Überblick zur Osteuropa-Forschung in der Bundesrepublik von 1960 formulierte, notwendige „neue Besinnung auf ihre wissenschaftlichen Methoden und Fragestellungen“ blieb zunächst der Vergangenheit verhaftet. Auch in der Südosteuropa-Forschung hielt man weitgehend an früheren, teils veralteten Ansätzen, Projekten und Denkstilen fest. Das war aber nur möglich, weil gerade sie das Überleben der Südost-Forschung sicherten. Der Wandel und Umbau der tief braunen Südost- zur Südosteuropa-Forschung stellen sich als ein Paradoxon dar: Die konstruierten, rückwärtsgewandten Kontinuitäten waren die Brücke, über die die Südost-Forschung im Kontext des Kalten Kriegs als Fach erfolgreich in die Nachkriegszeit geführt wurde. Diese sicherten damit – und das gilt es hoch einzuschätzen – einerseits die institutionelle Grundlage für die Zukunft der Südosteuropa-Forschung als eigenständiges Fach in der Bundesrepublik. Die Kontinuitäten führten andererseits – was es zu unterstreichen gilt – dazu, dass moderne Methoden- und Theorieansätze erst nach 1960 und auf Betreiben einer jüngeren Generation zum Zuge kamen. Die Geschichte dieses Paradoxons gilt es noch zu schreiben.

<sup>60</sup> Ash: Wissenschaft und Politik, S. 33.